

Telegraphische Depeschen.

Wien, 4. April. Der Eisgang auf der Memel hat begonnen und steht die Wiedereröffnung der Schifffahrt demnächst bevor.

Wien, 4. April. Der Toast des Grafen Karolyi in London wird officiell dahin commentirt, er besage nichts Neues; das englisch-österreichische Zusammenwirken in der Orientfrage sei längst allbekannt. Dasselbe habe wahrscheinlich Russlands Mäßigung bewirkt und somit den Krieg verhütet; jedoch ohne Deutschlands locale vermittelnde Haltung wäre ihr Streben kaum erfolgreich gewesen; auch ferner sei Deutschlands Unterstützung unerlässlich, wenn die österreichisch-englische Freundschaft den Frieden verhängen solle. Keinesfalls könne die österreichisch-englische Freundschaft die guten Beziehungen zu Deutschland trüben; alle drei Mächte wollen Gleiches, nämlich die Erhaltung des Friedens.

Wien, 4. April nachmittags. Das Unterhaus hat heute den Gesetzentwurf betreffend die Einverleibung von Spiha nach längerer Debatte in zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen. Hierauf wurde die Generaldebatte über das Budget fortgesetzt.

Budapest, 4. April. Das Unterhaus nahm den Antrag auf Beschließung eines Dankesotiums an Oesterreich und an das Ausland für die der Stadt Szegedin gewährten Unterstützungsgelder einstimmig an. Ministerpräsident Tisza theilte in einem längeren Exposé mit, daß bis jetzt 857000 Fl. an Unterstützungsgeldern für Szegedin eingegangen und bis zum Beginn der Wiederherstellung der Stadt und der Rückkehr der Einwohner nutzbringend angelegt worden seien. Den Szegediner Instituten solle ein Credit bis zum Belauf einer Million gegen Sproc. Verzinsung gewährt werden. Zur Verhinderung weiteren Wasserzuzusses und zur Trockenlegung des Stadtgebietes seien alle erforderlichen Vorbereitungen getroffen. Im Laufe der Sitzung wurde dann noch eine Interpellation an die Regierung über die gemischte Occupation Ostrumeliens angestellt.

Rom, 3. April abends. Deputirtenkammer (Schluß): Der Justizminister Tajani gab gleichfalls Aufklärungen über die Auflösung mehrerer Vereine und sprach die Hoffnung aus, daß gegenüber der Frage über die Stabilität der Institutionen des Landes jeder Zwiespalt zwischen den Parteien verstummen werde. Der Deputirte Cavallotti erklärte sich durch die feierliche Regierung gegebenen Erklärungen nicht befriedigt und beantragte die Annahme einer Tagesordnung, durch welche die Regierung aufgefordert wird, die Aufrechterhaltung der Ordnung mit der Achtung der persönlichen Freiheit zu verbinden. Der Deputirte Sella beantragte, daß die Verathung dieser Tagesordnung auf sechs Monate vertagt werde. Dem gegenüber erklärte Crispi, daß eine sofortige Entscheidung notwendig sei. Der Ministerpräsident Depretis sprach

Sella seinen Dank für dessen Antrag aus, bezeichnete denselben aber als inopportun. Sella zog hierauf seinen Antrag zurück. Die Beschlussfassung über die von Cavallotti beantragte Tagesordnung soll morgen stattfinden.

Paris, 4. April. Die Agence Havas erklärt die hier umlaufenden Gerüchte von Veränderungen im Ministerium für unbegründet.

London, 3. April nachts. Oberhaus: Auf eine Anfrage des Lords Lansdowne erklärte der Marquis v. Salisbury, die Aussichten für das Uebereinkommen bezüglich der griechischen Grenze seien angeblich nicht sehr günstig, er zweifle indessen keineswegs daran, daß die Unterhandlungen zu einem Resultat führen würden. Die Haltung Englands sei genau dieselbe, welche es auf dem Congreß angenommen habe. Die Regierung habe der Türkei empfohlen und werde ihr auch fernerhin empfehlen, im eigenen Interesse auf die Rathschläge der andern Mächte zu hören; die Regierung sei ferner bereit, der Pforte ihre Führung anzubieten, aber die entschiedene Führung, von welcher Lansdowne spreche, schmede nach „Salpeter“. Die Aussichten auf eine befriedigende Lösung würden größer sein, sobald der jegige Druck an den übrigen Grenzen der Türkei beseitigt sei. Griechenland werde durch einen Anschlag eher gewinnen als verlieren. Einer Einwendung Lord Cumberlands bezeugend, hob Lord Beaconsfield hervor, Griechenland habe nie die auf dem Congreß gemachten empfehlenden Andeutungen als bindend für die Congreßmächte angesehen, es habe sich nur um eine Anregung Frankreichs gehandelt, welche die allgemeine Meinung der Mächte befandete. Fürst Bismarck habe dies gegen den Schluß der Conferenz betont; im übrigen sei es unrichtig, zu vermuten, daß nichts geschehen sei; es hätten Unterhandlungen stattgefunden; Griechenland und die Türkei hätten im Sinne des Congresses gehandelt. Es handle sich um die Discussion von vier oder fünf Grenzfragen, und die Lösung einer derselben müsse in gewissen Grade die übrigen berühren. Er habe keine trüben Aussichten betrefend dieses Gegenstandes und bezüglich des Zustandekommens eines billigen Arrangements, durch welches Griechenland alles erhalte, wozu es möglicherweise berechtigt sei, ohne daß die Türkei hierdurch gemindert würde.

London, 3. April nachts. Unterhaus (Schluß): In Bezug auf das Budget theilte der Schatzkanzler Northcote ferner mit, daß das Deficit des verflohenen Finanzjahres sich auf 2,291800 Pf. St. mit Einschluß der Ergänzungskredite beziffere. Die Vorgänge im Orient machten einen Kostenaufwand von 6,125000 Pf. St. notwendig, der Krieg gegen die Transvaalrepublik habe 592000 und der Krieg gegen die Zulus 1,559000 Pf. St. erfordert. Hieron seien 5,350000 Pf. St. durch Anleihen aufgebracht, während 2,900000 Pf. St. aus den Erträgen der Steuern gedeckt worden seien. Der Vorschlag des laufenden Finanz-

jahres beziffere die Ausgaben auf 81,153000 Pf. St. und die Einnahmen auf 83,055000 Pf. St. Er hoffe, daß der Ueberschuß von 1,900000 Pf. St. zur Deckung der fernern Kosten des Krieges gegen die Zulus genügen werde. An die Mittheilungen des Schatzkanzlers schloß sich eine kurze Besprechung der Budgetvorlage. Gladstone hob hierbei hervor, daß es sich empfehlen dürfte, die Debatte über das Budget noch aufzuschieben. Der Schatzkanzler bearaumte hierauf die erste Verathung des Budgets auf den 24. April an. Die eingebrachten Finanzresolutionen wurden in erster Lesung genehmigt. Von dem Generalstaatsprocurator Holker wurde ein Gesetzentwurf betreffend die Codification der Strafrechtsordnung eingebracht.

Petersburg, 4. April. Nach einem unter dem 3. April veröffentlichten Bericht betragen die diesjährigen Zolleinnahmen 11,014358 Rub., mithin gegen den entsprechenden Zeitraum des Jahres 1878 mehr 2,897285 Rub. und gegen den entsprechenden Zeitraum des Jahres 1877 mehr 9,143298 Rub. Der diesjährige Export an Edelmetallen betrug 2,282745 Rub., mithin gegen den entsprechenden Zeitraum des Jahres 1878 mehr 2,894394 Rub. und gegen den entsprechenden Zeitraum des Jahres 1877 mehr 2,894160 Rub. Der diesjährige Export betrug 1,912587 Rub., weist demnach gegen den entsprechenden Zeitraum des Vorjahres einen Mehrbetrag von 531473 Rub. und gegen den entsprechenden Zeitraum des Jahres 1877 einen Minderbetrag von 4,271493 Rub. auf.

Wien, 4. April. Meldungen der Politischen Correspondenz. Aus Tirnowa von gestern: „Das Organisationsstatut wird in längstens 14 Tagen durchberathen sein, sodann sollen die Vorkehrungen zur Fürstenthumswahl getroffen werden. Ueber die für den Fürstenthum aufzustellenden Candidaten ist unter den Notabeln noch keine Vereinbarung erfolgt, dagegen ist unter denselben eine Einigung darüber erzielt, daß Cefia zur Landeshauptstadt, Tirnowa zur Krönungsstadt gewählt werde. Den hier befindlichen freunden Consuln ist ein aus der Mitte der Notabelnversammlung hervorgegangenes Memorandum über die Vereinigung sämmtlicher bulgarischen Länder mit Einschluß Macedoniens, der Dobrudscha und des zu Serbien gehörigen Districts Piroos überreicht worden.“ — Aus Bukarest von heute: „Durch die von der rumänischen Regierung entsendeten Aerzte ist constatirt worden, daß Bulgarien von verdächtigen Krankheiten vollständig frei ist.“

Konstantinopel, 3. April. Die türkische Regierung hat ihren Vertretern im Auslande mitgetheilt, sie habe auf Grund der von den Hassunisten und von dem Erzbischof Hassun selbst erteilten Zusicherungen, daß die der Pforte in Betreff der armenischen Katholiken ab antiquo zustehenden Rechte von dem Vatican respectirt werden würden, beschloffen, dem Erzbischof einen Ferman zu erteilen, in welchem derselbe

Die politische Correspondenz Friedrich's des Großen.*

— Leipzig, 5. April. Wir haben auf diese höchst herdentame und dankenswerthe Publication aus dem preussischen Staatsarchiv in Kürze bereits aufmerksam gemacht; wir wollen derselben jetzt etwas näher treten.

Beginnen wir mit dem Aeußerlichen. Dieser Band, obwohl fast 30 Bogen stark, umfaßt doch die Correspondenz des preussischen Königs nur vom Antritt seiner Regierung (Juni 1740) bis Ende 1741, also während eines Zeitraums von etwa anderthalb Jahren. Und doch haben die Herausgeber, wie im Vorworte gesagt ist, und gewiß ganz mit Recht, von den betreffenden Urkunden nur das wirklich Wichtige zum Abdruck gebracht, eingedenk der Worte Friedrich's des Großen selbst: „Die Geschichte soll nur aufnehmen, was aufbehalten zu werden verdient.“

Die Zahl der in diesem Bande mitgetheilten Schriftstücke ist 650. Der Raum, den das einzelne Schriftstück einnimmt, beträgt durchschnittlich nur etwa 7/10 Seite — ein Beweis, wie knapp und prägnant der große König zu schreiben verstand. Erwähnt sei noch, daß durch drei ausführliche Register (eins der Personen, welche in der Correspondenz vorkommen, eins der Correspondenten, endlich ein Sachregister) die Benutzung des Buches, besonders das Nachschlagen darin, wesentlich erleichtert wird.

Die am meisten charakteristischen Urkunden der politischen Thätigkeit des großen Königs sind natürlich

* „Politische Correspondenz Friedrich's des Großen“ (Bd. 1, Berlin, Alexander Dunder, 1879).

seine eigenhändigen Denkschriften, Instructionen, Entwürfe, Weisungen, seine Randbemerkungen und Resolutionen auf die Berichte seiner Minister und Gesandten, sodann seine Correspondenz mit Souveränen und Staatsmännern fremder Staaten.

In diesem ersten Bande bezieht sich die Correspondenz des Königs, den gegebenen Umständen nach, vorzugsweise auf die auswärtige Politik. Sofort nach seiner Thronbesteigung sehen wir den jungen Monarchen mit einer merkwürdigen Geschäftigkeit, Beweglichkeit und raschen Orientirung über alle Verhältnisse der europäischen Politik nach allen Seiten hin gleichsam die Fühlhörner ausstrecken, hier Allianzen suchend oder ihm entgegengebrachte auf ihren Werth hin prüfend und danach seine Weisungen ertheilend, dort Gegnerschaften, die ihm erstehen könnten, im voraus nach Kräften ablenkend oder paralyisirend, nach allen Seiten bemüht, die innersten Fäden der Politik anderer Staaten auszuspiären, und mit einer Schärfe des Blickes, die einem alterfahrenen Diplomaten Ehre machen würde, sie auch meist ausspürend.

Zwei wichtige Fragen der nächsten Zukunft beschäftigten ihn sofort lebhaft: das zu erwartende Aussterben des habsburgischen Mannstammes und das Bestehen eines ähnlichen Ereignisses in der Pfalz, bei welchem letztern es sich um eine mögliche Wiederaufnahme des sächsischen Erbtheiles handelte.

Zur Charakteristik des diplomatischen Talentes des erst achtundzwanzigjährigen Monarchen, das sich in dieser Correspondenz ausspricht, sei unter andern auf die geheime Instruction an den Obersten v. Camas verwiesen, der in außerordentlicher Sendung nach Ver-

sailles gesandt ward. Gleichzeitig ward Generalmajor v. Truchsess an den englischen Hof gesandt. Es kam dem jungen Könige darauf an, durch den einen dieser beiden Höfe den andern „in Schach zu halten“. Engländerseits wurden ihm Avancen gemacht; das benutzte er, um seinen Vertreter am versailer Hofe stärker aufzutreten und mehr fordern zu lassen. Diese Forderungen betreffen die obenerwähnte sächsische Erbschaft. Besonders interessant ist hier folgende Stelle. Friedrich II. schreibt an Camas wörtlich:

Die Verstärkung meiner Truppen, die gerade während Ihres Aufenthaltes in Versailles vor sich gehen wird, mag Ihnen Gelegenheit geben, um von meiner lebhaften und ungestümen Denkwiese zu sprechen; Sie können sagen, es sehe zu befürchten, daß diese Verstärkung der Truppen in Preußen ein Feuer entzünden könnte, welches Europa in Brand zu setzen drohe; daß der Charakter solcher jungen Fürsten gar oft unternehmend und zu Ideen des Heroismus geneigt sei, welche leicht die Ruhe vieler Völker stören könnten. Sie können sagen: natürlich lebte ich Frankreich, allein wenn man mich jetzt vernachlässigte, so sei es damit vielleicht für immer aus, wogegen, wenn man mich jetzt gewänne, ich im Stande wäre, der französischen Monarchie wichtigere Dienste zu erweisen, als selber Gustav Adolf ihr je erweisen habe.

Ein anderes mal schreibt er an den Cardinal Fleury, ersten Minister Ludwigs XV., eigenhändig und höchst vertraulich, nennt ihn „Monsieur mon Cousin“ und sagt ihm die größten Schmeicheleien, z. B.: er beneide seinen Gesandten Camas um die persönliche Bekanntschaft eines Ministers, den er selbst aus der Ferne nicht umhin könne so sehr zu bewundern. „Ich wünschte“, fährt er fort, „Sie wären entweder weniger groß oder weniger liebenswürdig.“

wieder als Patriarch von Cilicien anerkannt werde. Inzwischen hätten die Antihassunisten gegen diese Maßregel Widerspruch erhoben und es sei lediglich dadurch die Zustellung des gedachten Fernans an den Erzbischof Hassun bis jetzt verzögert worden. Die Regierung sei bemüht, eine Verständigung unter den beiden einander gegenüberstehenden Parteien herbeizuführen.

* Konstantinopel, 3. April abends. Unter den die Mächte augenblicklich noch beschäftigenden Vorschlägen betreffend die Ausführung einer gemischten Occupation Ostrumeliens befindet sich auch ein Vorschlag der Pforte, nach welchem derselben gestattet sein sollte, Bourgas und Ichtiman mit regulären Truppen ihrerseits zu besetzen.

Die parlamentarische Lage.

N.L.C. Berlin, 4. April. Nicht ohne ein gewisses Gefühl der Befriedigung hat der Reichstag seine Ferien beginnen können. Das Arbeitspensum, welches für die erste Hälfte der Session in Aussicht genommen war, ist im großen und ganzen bewältigt worden. Mit dankenswerther Ausdauer sind die Mitglieder auf dem Posten gewesen; trotz der bereits herrschenden Ferienstimmung war das Haus auch am letzten Tage, wie die wiederholt notwendig gewordene Stimmenzählung ergab, noch in reichlich beschlußfähiger Zahl versammelt.

Die Hauptaufgabe dieser Zeit, die Verathung des Reichshaushaltsplanes für das Finanzjahr 1879/80, ist trotz der zahlreichen wirtschaftspolitischen Debatten glatter als je von Statten gegangen; zum ersten male seit der Verlegung des Etatsjahres gelang es, den Etat vor dem gesetzlichen Termin des 1. April zum Abschluß zu bringen. Mehrere wichtige Gesetzesentwürfe sind so weit gefördert worden, daß sich ein ersprießlicher Ausgang der Verathung vorhersehen läßt. In erster Linie nennen wir den Gesetzesentwurf gegen den Handel mit gesundheitswichtigen Nahrungs- und Genussmitteln, der einem ungleichbar vorhandenen Bedürfnis entspricht. Die Gebührenordnung für Rechtsanwälte ist soeben in der Commissionsverathung zum Abschluß gebracht. Die Novelle zum Wechselstempelsteuergesetz hat die zweite Lesung passiert; die Gesetzesentwürfe über das Faustpfandrecht für Pfandbriefe und ähnliche Schuldverschreibungen sowie über die Consulargerichtsbarkeit sind an besondere Commissionen verwiesen. Nur die ganz neuerdings eingebrachte Vorlage wegen Anfechtung von Rechtsurtheilen eines Schuldners außerhalb des Concursverfahrens konnte noch nicht in Verathung genommen werden.

Auf Anregung aus der Mitte des Hauses sind Commissionen mit der Frage von Versorgungsgesetzen für franke und altersschwache Arbeiter und deren Angehörige, mit der Frage einer Abänderung der Gewerbeordnung, mit der Frage von Maßregeln gegen den Wucher beschäftigt. In letzterer Beziehung kann mit Sicherheit angenommen werden, daß eine Ergänzung des Strafbuchgesetzes zu Staude kommen wird, welche gegen die wucherische Ausbeutung der Noth wirksame Abhilfe verspricht. Dagegen sind bezüglich der beiden ersten Fragen positive Ergebnisse für diesmal kaum zu erwarten.

Von den sonstigen Anregungen aus der Mitte des Hauses heben wir diejenige wegen einer selbständigen

Regierung für Elsaß-Lothringen hervor. Die Debatte darüber ergab die erfreuliche Gewißheit, daß in der staatsrechtlichen Organisation des Reichslandes schon in nächster Zeit ein weiterer bedeutsamer Schritt vorwärts gethan werden kann. Erwähnen wir noch die Annahme verschiedener internationaler Verträge, des Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn, des Westpostvertrages, der Convention über Maßregeln gegen die Rebhau, so ist das Bild der positiven Thätigkeit bis auf Einen Punkt vollständig.

Dieser Eine Punkt steht in Verbindung mit dem bedeutendsten negativen Schritte der letzten Zeit, mit der Ablehnung des Gesetzesentwurfes betreffend die Strafgewalt des Reichstages über seine Mitglieder. Gleichzeitig mit der Zurückweisung dieses Eingriffes in seine Autonomie beauftragte der Reichstag seine Geschäftsordnungscommission mit einer Revision der Geschäftsordnung, die allem Anscheine nach mit einer Verschärfung der Disciplinarbefugnisse des Präsidenten enden wird.

Die Erinnerung an die Strafgewaltvorlage führt von selbst auf den unverkennbaren Unterschied, der zwischen der Stimmung der parlamentarischen Kreise am Beginn und derjenigen am Schluß dieser Sessionshälfte besteht. Ohne Zweifel sind die düstern Befürchtungen, welche die ersten Wochen des Reichstages beherrschten, heute zum großen Theil gewichen. Thatsache ist, daß damals vielen das Vorgehen der Reichsregierung nur unter der einen Bedingung verständlich erschien, daß eine baldige Auflösung geplant werde; Thatsache ist andererseits, daß heute der Glaube die Oberhand hat, die Regierung werde sich mit diesem Reichstage zu verständigen suchen.

Wir forschen nicht weiter nach den Gründen dieses Umschwunges; wir vermeiden auch jeden Versuch, die demalsherrschende Zuversicht zu erschüttern. Der bloße Ausblick in den zweiten Theil der Session genügt, um die Schwierigkeiten erkennen zu lassen, unter welchen die parlamentarische Lage auch ferner leiden wird. Es ist schlechterdings unmöglich, daß eine Angelegenheit, welche die ganze Nation so bis in ihre tiefsten Tiefen ausgewühlt hat, wie die Frage der Zoll- und Steuerreform, nunmehr im entscheidenden Stadium ohne Kampf zum Austrage kommen sollte. Zu verkennen ist nicht, daß die Schroffheit, mit welcher durch das Schreiben vom 15. Dec. und durch den bekannten Satz der Thronrede zwei wirtschaftspolitische Systeme einander gegenübergestellt wurden, in den jetzt vorliegenden thatsächlichen Vorschlägen erheblich gemindert erscheint; die dogmatische Schärfe des kanzlerischen Programms ist durch das Aufgeben der allgemeinen Zollpflicht bedeutend abgeschliffen. Aber der Ton, welchen die Verfechter des neuen Zolltarifs in der Presse nach wie vor anschlagen, läßt wenig von einem aufrichtigen Verständigungsbestreben erkennen; so hochgradig ist bereits ihr Siegesbewußtsein, daß sie sich geben, als hätten sie nur noch dem Besiegten ihre Bedingungen vorzuschreiben. Vielleicht ist es nicht unnütz, diese Heißsporne daran zu erinnern, daß ein in unserer Zollpolitik heute sehr einflussreicher Mann mit dem vorzeitigen Vas victis! schon einmal recht unangenehme Erfahrungen gemacht hat.

denn, so großes Vergnügen es mir macht, den Friedensstifter Europas durch seine Briefe und seine Thaten zu kennen, so möchte ich ihn doch gern auch von Angesicht kennen" (par une vision béatifique, wie sich der König mit einer wohl absichtlichen Ueberschwänglichkeit ausdrückt).

Das wird gewiß die Eitelkeit des Franzosen gereizt und ihn dem aufsteigenden Gestirn Friedrich's geneigt gemacht haben. Aber welcher Wechsel der Dinge! Damals glaubte ein Monarch Preußens (und wol mit Recht) einen französischen Staatsmann durch Schmeicheleien für sich und die Sache Preußens gewinnen zu müssen, und damals war es keine grobe, sondern eine berechnete Schmeichelei, wenn er ihn als „Friedensstifter Europas“ begrüßte, denn noch hatte Frankreich von Ludwig XIV. her den Nimbus der ersten Macht in Europa; erst dem großen Preußenkönig war es vorbehalten, in der Schlacht von Rossbach diesen Nimbus gründlich zu zerstören. Aber selbst dann noch, wie vielmehr beim Antritt seiner Regierung, mußte Friedrich II. sich vielfach biegen und schmiegen, um das damals noch sehr schwächliche Staatsschiff Preußens zwischen den größern und gefesteteren Kolossen Frankreichs, Russlands, Oesterreichs, Englands heil und ungefährdet hindurchzulooften und es allmählich auf den gleichen Rang mit ihnen zu erheben. Und heute — wie stehen wir da dem übrigen Europa und wie steht dieses uns gegenüber! Fürwahr, es muß eine Freude für unsern Kaiser Wilhelm sein, wenn er hier liest, wie sein glorreicher Vorgänger sich Mühe gegeben, Preußens Macht und Ansehen zu heben, und wenn er dann erwägt, zu wem gewaltigen,

damals nicht entfernt auch nur zu ahnenden Erfolgen die kühnen Anläufe Friedrich's des Einzigen unter seinen, des Urgroßvaters jenes großen Königs, Händen hinausgewachsen sind!

So viel für heute. Wir kommen wol wieder auf diese Correspondenz Friedrich's des Großen zurück.

Wie das Berliner Tageblatt in den April geschickt wurde, darüber schreibt die Kölnische Zeitung aus Köln vom 4. April: „Es ist uns bisher unbekannt geblieben, daß die vorgezogene Bismarck-Feier eine kleine Revolution in unserm heiligen Köln im Gefolge gehabt hat. Es muß indessen so sein, denn das Berliner Tageblatt bringt unter dem Datum Köln, 1. April, folgende Correspondenz: „Die Enthüllung des Bismarck-Denkmales verlief, wie schon gemeldet, programmäßig, wurde vom schönsten sonnigen Frühlingstweiter begünstigt und — was in dem sogenannten heiligen Köln viel sagen will — blieb ohne jegliche Störung von seiten der erbosten Ultramontanen. Uebrigens war Sorge getragen, daß Excedenten auf frischer That ihrer Abführung nach Nummer 9 sicher nicht entrienen konnten. Anders gestaltete sich indes die Sache bei eintretender Dunkelheit. Der Casinoplatz war förmlich belagert von Tausenden von Bewunderern des „marligen Mehrers deutscher Einheit“, wie Oberbürgermeister Becker beim Festmahle im Casino saale ihn nannte. Die Festgenossen, welche allmählich das Casino verließen, wurden anfangs begast, dann verlastet, zuletzt verhöhnt und allmählich entwickelte sich das beim kölnischen Carneval vom Pöbel so beliebte Guteinschlagen. Der Tumult in der Nähe des Casinos war ein wüster. Man muthmaßte allgemein, daß Emissare von dem Marieuplatz, dem Hauptcentrum der ultramontanen Erholungsgesellschaft, welche unter dem frommen Namen „Im Finstern“ daselbst ihr Wesen treibt, den Unfug angezettelt hatten und unterhielten. Das Gekohle und Gebälle, das Bewerfen mit Roth und saulen Aepfeln begann planmäßig. Was aus dem Casino her-

Der Toast des Grafen Karolyi.

— Leipzig, 5. April. Als uns gestern der Telegraph einen sehr magern Auszug aus dem Toast übermittelte, den der österreichische Botschafter in London Graf Karolyi bei dem Jahresbanquet der Gesellschaft zur Unterstützung nothleidender Ausländer gehalten, da erschien uns dieser Toast nur wie eine jener banalen Höflichkeiten, die zwischen den nicht gerade unter sich gespannten Regierungen bei derartigen festlichen Gelegenheiten ausgetauscht zu werden pflegen.

Ueber Nacht ist aber dieser scheinbar harmlose Toast zu einem „europäischen Ereigniß“ geworden. „Der Trinkspruch des Grafen Karolyi“, schreibt die Neue Freie Presse in ihrem Artikel „Zur Tagesgeschichte“, „wird von mancher Seite als ein Dementi der kürzlich in Umlauf gesetzten Gerüchte von einer Drei-Kaiser-Zusammenkunft aufgefaßt.“ Er habe, heißt es, in London größtes Aufsehen gemacht. Das Gerüchte, was man davon sagt, ist, daß er eine Art von Gegenschlag auf den bekannten Toast des preussischen Botschafters in Petersburg auf den Zaren Alexander habe sein sollen.

Was aber diesem Toast noch mehr eine besondere Bedeutung gibt, ist das Telegramm, welches wir heute (s. oben) aus Wien bringen. Die „officiöse“ Auslegung des Toastes, welche es enthält, ist offenbar eine sehr geflüsterte Abschwächung, ja Desavouirung desselben, insofern er irgendwie als gegen Deutschland oder gegen das intime Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland gerichtet gedeutet werden könnte.

Das corpus delicti selbst, der Karolyi'sche Toast, liegt uns heute in ausführlicherer und wol authentischer Wiedergabe vor in der gestern Abend hier eingetroffenen Wiener Abendpost. Dieser wird aus London vom 3. April telegraphisch gemeldet:

„Graf Karolyi präsidirte gestern der Jahresfeier der Gesellschaft zur Unterstützung nothleidender Ausländer. Im Anschlusse an einen Toast auf die Königin sagte derselbe:

Meine Anwesenheit hier als Botschafter Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich, des Freundes und Alliirten Englands, ist ein sichtbares Zeichen der kürzlich erfolgten historischen Fügung dieses Ereignisses. Die vollzogene Thatsache ist eine Bekräftigung der alten Freundschaftsbände, welche die beiden Länder, die ihre Baffengenossenschaft auf manchem rühmlichen Schlachtfelde der Vergangenheit besiegelt, fest verknüpfen. Die Eintracht zwischen England und Oesterreich-Ungarn muß nothwendigerweise einen Krieg verhindern und nicht herausgeschwären. Die gegenseitigen Interessen zweier Länder sind heutzutage eine viel sicherere Basis für eine gemeinsame Action als das vollkommenste Schutz- und Trugbündniß. Die Aehnlichkeit und Identität der legitimen Ziele Englands und Oesterreichs wirken darum fort, die ununterzeichnete Allianz zu befestigen, welche auf den Interessen beider Länder basiert, von zwei großen Staatsmännern abgemacht und von zwei erlauchtem Souveränen gebilligt wurde.“

In dieser ausführlicheren Fassung hat allerdings der Toast eine nicht zu verkennende schwerwiegende Bedeutung. Oder, sagen wir vielleicht besser, er würde sie haben, wenn man annehmen müßte, daß er wirklich die Intentionen der österreichisch-ungarischen Regierung, die Intentionen des Grafen Andrássy ausdrückte. Allein daran hat man guten Grund zu zweifeln. Die Neue Freie Presse, die schon seit Jahren eine österreichisch-englische Allianz als Gegengewicht gegen Russland und Deutschland herbeigesehnt und befürwortet hat, will sich doch nicht einreden, daß diese jetzt über-

auskam, wurde insultirt! Ohne Hut und mit zerrissenem Rock rettete ich mich in das ausfahrende Seidenmachergeräth, das nach dem Cécilienfester führt, um im Hotel Böser Zuflucht zu finden. Dem Obersten der britischen Schutzmannschaft, v. Künemund, ist es gelungen, die Hauptbedarfsführer dingest zu machen, die hoffentlich einer angemessenen Strafe nicht entgehen.“ Das Berliner Blatt hat nicht geahnt, daß sein kölnischer Correspondent sich den „1. April“ zu Ruhe gemacht hat.“

— Die „Post“ schreibt aus Berlin: „Die Mittheilungen über das Erscheinen der Weißen Frau im königlichen Schlosse vor dem Tode des Prinzen Waldemar und das angebliche Verlassen seines Postens seitens eines Soldaten beruhen nach den angestellten Ermittlungen lediglich auf der Erfindung eines Reporters. Es ist weder eine weiße Gestalt bemerkt worden, noch auch überhaupt ein Posten von seinem Plage davongelaufen. Es ist bedauerlich, daß solche traurige Ereignisse wie der Tod des Prinzen Waldemar von einem Theile der Presse dazu benutzt werden, unsensationelle Artikel zu fabriciren.“

— Ueber schöne Namen und schlechte Charaktere schreibt die neuerpöcker Handels-Zeitung: „Der Einbrecher und Mörder, welcher kürzlich in England seiner schußlichen Unthaten wegen gehängt wurde, hieß Peace (Friede); der Jüngling, welcher der Ehelichnahme an der Manhattan-Bank-Räuberei angeklagt ist und im Gefängnisse sitzt, ist Dr. Hope (Hoffnung); der berüchtigte Pulman-Schwindler heißt gar Angel (Engel) und die Hauptperson in der neuesten Chicagoer Mordgeschichte heißt Dr. Lamp (Lamm).“

— Am 23. April vormittags findet im Saale der Armbrustschützengesellschaft in Weimar die Generalversammlung der Deutschen Schalkpeare-Gesellschaft statt. Den Festvortrag hält Professor Dr. F. A. Leo aus Berlin über „Shalkpeare, das Volk und die Narren“.

Macht zu
ihren Art
der folgen
hören wir
Telegramm
judenten,
alla verzi
eine Allian
Wenn
zu halten
Auslands
gegenüber
Gegengewi
tirt), wie
Gorgehen
Ungarns
darüber ei
noch in d
der Weser
gerzig.
Schon
aus — das
zu seinem
Zeichen ei
eben der
eignisses,
Englands
Das
regende T
Andrássy
den. Wi
Ausklärung
Der
deutschen
Zeitung f
s. 1.
Mafgabe
teilt vom
tarifs vom
Gesetzes v
s. 2.
erhöben:
b) bei Wa
gramm ni
jollen das
mittlung
Gewicht de
Kreuten zc.
nimmt, de
Procentsfü
and stellt
s. 3.
Post aus
250 Gram
wichtverz
50 Gram
überhaupt
durch 5 th
Fennige,
vorgeda
liche Besch
s. 4.
zolle frei
treffen: I
eines einz
gutes, de
dieser Gue
gebrauchte
Hausergä
und gebra
ven Benn
dungstlich
gegenständ
lassung ih
brauchte
Erbschafts
geräth, K
leute und
zeug, welo
Instrumente,
russ mit
veten Art,
nachfolgen
h) Wagen
dem Eing
transport
gehen; an
ländischer
Fahrdienst
Eisenbahn
diese Erla
Einfuhr
sowen sie
selben sich
bestimmt
Gebrauch
als Zug-
Frachtwag
derung vo
welche un
treide zc.
eingangs
daru' aus
in beiden
Besinden,
ten leeren
trole der
besteht, d
treide zc.
Getreide

Nachricht in alle Welt ausgesandt wurde, ergibt sich aus der Bemerkung derselben in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung. Es handelt sich lediglich darum, bei Beginn der Osterferien dem Lande den Reichstag zu demüthigen, als ob er die Verathung des Zolltarifs verschleppen wolle. Die Argumentation des "freiwillig gouvornementalen" Blattes ist dabei freilich eine so widersinnige, daß es einer Widerlegung nicht bedarf.

Δ Berlin, 4. April. Die Zolltarifcommission hat als ihr letztes Vermächtniß, ehe sie ihr Dasein beendete, einen Gesetzentwurf betreffend die Statistik des auswärtigen Waarenverkehrs des deutschen Zollgebiets hinterlassen. Im Grunde ist es freilich nur ein alter Bekannter aus dem vorigen Jahre. Damals blieb die entsprechende Vorlage unerledigt; in diesem Jahre wird es mit dem Gegenstande wol ernstlicher genommen werden. Soviel man bis jetzt über den Inhalt hört, sind die Gebührensätze dieselben wie in dem frühern Entwurfe, d. h. bei ganz oder theilweise verpackten Waaren 5 Pf. für jedes Collo, bei unverpackten Waaren 10 Pf. für je 1000 Kilogramm, bei Kohlen, Coaks, Holz, Erzen, Steinen, Salz, Knochenseife, Düngungsmitteln 10 Pf. für je 5000 Kilogramm, bei Pferden, Maulthierern, Eseln und Rindvieh für jedes Stück 10 Pf., bei Schweinen, Schafen und Ziegen für jedes Stück 5 Pf. Inbezug soll die Gebühr bei der Einfuhr nur von den nach dem neuen Tarif noch zollfrei bleibenden Gegenständen erhoben werden, während bei der Ausfuhr ihr alle Waaren unterliegen. Freude wird über diese Bescherung in der Geschäftswelt sicherlich nirgends herrschen. Was man auch die durch die statistische Gebühr verursachte Vertheuerung der Waaren noch so gering anschlagen, jedenfalls wird der Verkehr durch die neue Einrichtung eine empfindliche Belästigung erfahren. Andererseits ist freilich nicht zu verkennen, daß diese Belästigung nicht zu umgehen ist, wenn wir überhaupt jemals zu einer zuverlässigen Statistik unserer Einfuhr und namentlich unserer Ausfuhr kommen wollen. Es könnte sich also nur um die Frage handeln, ob außer der Verpflichtung zur Anmeldung der Waare auch noch die Erlegung einer besondern Gebühr als gerechtfertigt anzusehen sei. Zum mindesten aber sollte die Gebühr nicht höher bemessen sein, als zur Bestreitung der Kosten der Recognition unbedingt erforderlich ist. Daß die Sätze des Entwurfs nicht unter diesem Gesichtspunkte aufgestellt sein können, erhellt aus der Verschiedenheit der Gebühren für Pferde u. einerseits und Schweine u. andererseits. Die Arbeit bei Recognition einer Ziege dürfte nämlich keine schwierigere sein als diejenige bei Recognition eines Esels.

— Ueber „die Arbeit der Tarifcommission“ äußert sich die National-Zeitung wie folgt: „Wir erkennen an, daß sich die Commission davon freigehalten hat, den hochgeheiligten Ansprüchen der Schutzöllner in allen Punkten zu entsprechen. Der Verein der Eisenindustriellen und die Gruppe der süddeutschen Baumwollspinner haben durchgesetzt, was sie billigerweise erwarten durften. Es sind diejenigen beiden Industriezweige, denen die Belegenheit am besten geboten war, sich Gehör und Beachtung zu verschaffen. Andere Industriezweige haben weniger Erfolg gehabt. Wir vermögen nicht mit Bestimmtheit zu übersehen, ob die Zollverhörungeu, durch welche die Baumwollweberei geschützt werden soll, auch nur in proportionalem Verhältnisse zu der Vertheuerung des Rohproductes steht, welche sie erduldet. Der Bericht der Tarifcommission unterläßt es, uns über diesen Punkt zu beruhigen. Die betheiligten Kreise werden sich ja bald genug rühren. In vielen Theilen trägt der Tarifentwurf den Stempel großer Mäßigung, aber diese Mäßigung kann uns nicht darüber beruhigen, daß die Motivirung vielfach einen Mangel an ausreichender Sachkenntniß zeigt, daß sie in der verschiedenartigen Behandlung der baumwollenen, leinenen und wollenen Waaren den entschiedenen Stempel der Unreife trägt.“

— An dem Gesetzentwurf wegen Einführung des neuen Zolltarifs sind, wie die National-Zeitung hört, im Bundesrathe einige Abänderungen beschlossen worden. Diese Abänderungen waren von der preussischen Regierung beantragt und gehen dahin, daß denjenigen Staaten gegenüber, welche die deutsche Waareneinfuhr ungünstiger behandeln als die andern Staaten, ein Zuschlagszoll in Höhe eines altorum tantum (das Doppelte) eingeführt werden dürfe. Das wäre also das System der „Retorsionszölle“, wie es auch in dem neuesten österreichischen Tarif Aufnahme gefunden hat. Ueber die Veränderungen, welche im Zolltarif selbst vom Bundesrathe beschlossen seien, gehen demselben Blatte folgende Mittheilungen zu:

Es wurde in Bezug auf die Verzollung des Volzes, zur Erleichterung des Verkehrs, ein Beschluß dahin gefaßt, daß das Holz in Röhren nicht erst einer genauen Maß- und Gewichtsprobe unterworfen zu werden braucht, sondern nach einer kurzen Augenabsehung zu verzollen ist. Hinsichtlich der Tarife wurden folgende Aenderungen beschlossen: 1) auf Antrag Sachsens der Zoll auf grobe Packleinwand und Segeltuch für 100 Kilogramm von 4 auf 5 M. erhöht; 2) in der Abtheilung Feinsegeltuch unter o statt Nr. 25—48, Nr. 17—40 englisch 100 Kilogramm 9 M. gesetzt; 3) aus

den für zollfrei erklärten Steinen und Steinwaaren der Dachziegel herausgehoben und mit einem Zoll von 20 Pf. auf 1000 Kilogramm belegt.

Die Kreuzzeitung läßt sich über den neuen Zolltarif folgendermaßen vernehmen: „Gerade in zwei Hauptpunkten deckt sich der revidirte Tarif mit den Ausführungen des Schreibens vom 15. Dec. nicht. Statt der Zölle auf alles finden wir neben den alten nur einige neue Dispositionen, und ungeachtet der vom Fürsten Bismarck in dem Schreiben vom 15. Dec. ausgesprochenen Bedenken gegen Schutzzölle zu Gunsten einzelner Industrien finden wir in dem neuen Tarife mehrfache Erhöhungen einzelner Schutzzölle. Dabei ist jedoch anzuerkennen, daß den sehr hoch gespannten Forderungen verschiedener schutzöllnerischer Interessenten nicht nachgegeben worden ist.“ Das finanzielle Gesamtergebnis des Tarifs sei schwierig abzuschätzen. „So viel ersieht man“, fährt das Blatt fort, „daß der finanzielle Schwerpunkt auf die eigentlichen Finanzzölle gelegt ist.“

— Die neulich von uns mitgetheilten und befürworteten Wünsche der elässischen Industriellen nach Einführung von Werthzöllen, die nach der Feinheit der Gespinste und Gewebe abzustufen wären, finden sich durch die Vorschläge der Tarifcommission nicht befriedigt. Ein solcher schreibt neuerdings der „Post“: „Unsere industrielle Lage wird jeden Tag schlechter und unsere Hoffnung auf eine Besserung ist nach dem, was aus der Tarifcommission verlautet, sehr getrübt. Sie wissen, daß im Elsaß die Baumwollindustrie 60000 Arbeiter beschäftigt und im Lande 200000 Personen unmittelbar von diesem Erwerbszweige leben. Die Fabriken des Elsasses haben besonders feineren Artikel producirt und hatten für dieselben unter französischer Herrschaft genügenden Schutz. Aber die dort bestehenden Zollsätze erlauben uns nun in Frankreich nicht mehr zu concurriren, während auf deutschem Gebiet wir auf die Concurrenz Englands stoßen, eine Concurrenz, welche wir nicht im Stande sind auszuhalten. Für Baumwollgarne schlägt die Tarifcommission vor, Sätze von 12—36 M. per 100 Kilogramm anzunehmen, für Gewebe 80—200 M. Diese Sätze mögen für gewisse Artikel genügen, für die feineren aber nicht. Wir hatten gehofft, daß Hr. v. Barnbiller, Präsident der Commission, welcher doch als Anhänger und Vertheidiger eines rationalen Schutzes der nationalen Arbeit gilt, die Vorschläge der elässischen Sachverständigen bei der Enquete besser fördern würde. Hr. v. Barnbiller hat sich dem Elssaß gegenüber immer günstig erwiesen. Allein was er erlangt hat, genügt leider nicht, unsere Spinnereien und Webereien zu erhalten.“

— Ueber die Bundesrathssitzung vom 3. April berichtet anderweit die „Post“:

Fürst Bismarck führte während der ganzen Dauer derselben den Vorsitz und trat sehr lebhaft für die Aufrechterhaltung der Tariffrage, wie sie in der Commission festgesetzt worden, ein. Es lagen von vielen Seiten Verbesserungsvorschläge vor, so von Sachsen, Braunschweig, Mecklenburg, Württemberg, Baden, Rußl. L., Bremen und Albed. Der wichtigste dieser Anträge, welchen Württemberg gestellt hatte, „einen gleichmäßigen Getreidezoll mit 60 Pf. festzusetzen“, wurde abgelehnt. Auch die meisten übrigen Anträge fanden nicht die Zustimmung der Majorität.

— Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung spricht abermals das große Wort „Auflösung des Reichstages“ gelassen aus, warum? weil die National-Zeitung gesagt hat, der Reichstag werde die Zolltarifvorlage reiflich und ohne Uebereilung zu prüfen haben, was doch wol einfach seine Pflicht ist. Sie erblickt darin einen ungehörigen „Verschleppungsversuch“ und droht: „eventuell würde den verbündeten Regierungen die Pflicht obliegen, den berechtigten Ansprüchen des Landes auf baldige Erledigung der Tarifvorlage mit den ihnen gesetzlich zustehenden Mitteln zu genügen.“

— Aus Berlin vom 4. April schreibt man der Magdeburger Zeitung: „Wie heute erzählt wurde, ist der Vizepräsident des frankfurter Appellhofes, Dr. Simson, geneigt, die ihm angetragene Stellung als Vizepräsident des Reichsgerichts anzunehmen. Simson hat viel organisatorisches Talent und schon deswegen eignet er sich vorzüglich zu dem hohen Amte; auch versteht er, was nicht überflüssig ist, zu repräsentiren. Die deutschen Juristen werden auf diese Wahl, die der Justizminister Dr. Leonhardt in einer recht glücklichen Stimmung traf, neidlos hinblicken; hat doch gerade Simson auf die oberste Leitung des höchsten deutschen Gerichtshofes so etwas wie ein historisches Anrecht. Und es kommt hinzu, daß der ehemalige Präsident unserer Reichstage und des preussischen Abgeordnetenhauses zu den besten Rechtsgelehrten Deutschlands zählt. Immer hat sich Simson als Richter durch große Unbefangtheit und Selbstständigkeit ausgezeichnet; namentlich als Criminalist that er sich hervor. In den letzten Jahren ab und zu lebend gewesen, hat er sich jetzt wieder recht erholt, so daß er im Stande sein wird, sich einer Thätigkeit zu unterziehen, die namentlich in der ersten Zeit sehr anstrengend sein wird. Die Ernennung der Mitglieder des Reichsgerichts erfolgt, wie wir hören, in den nächsten 14 Tagen.“

— Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Dec. 1878 wurden verboten: der socialdemokratische Arbeiterverein in Oeyer; das in Regl. erscheinende Wochenblatt Rheinbote.

— Der Deutsche Reichs-Anzeiger veröffentlicht fol-

gende vom 2. April datirte Bekanntmachung der Reichs-Schuldenverwaltung:

In neuerer Zeit sind fälsche Reichskassenscheine, und zwar in Stücken zu 50, 20 und 5 M., zum Vorschein gekommen und angehalten worden. Wir sichern demjenigen, welcher einen Verfertiger oder wissentlichen Verbreiter solcher Fälschstücke zuerst ermittelt und der Polizei- oder Gerichtsbehörde dergestalt nachweist, daß der Verbreiter zur Untersuchung und Strafe gezogen werden kann, eine nach Umständen zu bemessende Belohnung bis auf Höhe von 5000 M. zu.

Preußen. Auf die Beileidsadresse, welche die städtischen Behörden Ihren kaiserl. und königl. Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin aus Veranlassung des Hinscheidens des Prinzen Waldemar überreicht haben, hat der Kronprinz denselben folgende Erwidrerung zugehen lassen:

Ich bin mit der Kronprinzessin, meiner Gemahlin, tief gerührt von der Theilnahme, welche die Vertreter der Bürgerchaft Berlins unserm Schmerz über den Verlust eines geliebten Kindes bezeugen. Gottes Hand hat uns schwer getroffen! Ein jäher Tod entriß uns den jüngsten unserer Söhne, dessen frisches und kräftiges Wesen uns täglich aufs neue erfreute, der in glücklicher Vereinigung alles zu bestim schien, was uns berechtigen mochte, schöne Hoffnungen für seine Zukunft zu hegen. Es thut uns wohl in unserer Trauer, so zahlreichen Rumbegungen herzlichen Mitgeföhls zu begegnen, die uns aus allen Kreisen der Hauptstadt und des Landes dargebracht werden, und die uns zu innigem Dank verpflichten.

Berlin, 31. März 1879.
Friedrich Wilhelm, Kronprinz.
An den Magistrat und die Stadtverordneten von Berlin.

— Aus Berlin vom 3. April berichtet die National-Zeitung: „Als der Cultusminister Dr. Falk am Montag Nachmittag im Thiergarten seinen gewöhnlichen Spaziergang machte, wurde er plötzlich von dem Dr. phil. Straeter, Bülowstraße 75 wohnhaft, angerebet und dermaßen belästigt, daß ein polizeiliches Einschreiten gegen den letztern geboten schien. Dr. Straeter gilt als ein sehr exaltirter Mensch und war zuletzt als Lehrer an einer höheren Mädchenschule angestellt, wurde aber seines ungebührlichen Betragens wegen entlassen. Von seiner Frau, die er wiederholt aufs rückichtslosste behandelt hatte, lebte er seit dem 5. März getrennt. Dr. Straeter fiel allgemein durch sein excentrisches Wesen auf, wie er denn unter anderem einem ihm bekannten Architekten von Millionen berichtete, über die er verfüge, um Bauten zu unternehmen, und schon Leute für diesen Zweck engagirte, während er thatsächlich über keinerlei beträchtliche Geldsummen disponiren konnte. Ebenso excentrisch wie hier ist derselbe bereits in Hamburg aufgetreten, auch hatte derselbe schon Aufnahme in einer Irrenanstalt gefunden. Die Untersuchung wider Dr. Straeter ist eingeleitet und zwar wird zunächst der Geisteszustand desselben einer Untersuchung unterzogen werden.“

Oesterreich-Ungarn.

Bei der Budgetdebatte im Abgeordnetenhaus gab der Finanzminister v. Pretis einige überraschende Mittheilungen über den Eingang von Steuern in den letzten Jahren, und zwar um zu zeigen, „wie unbegründet die fortwährenden Klagen über den Rückgang der finanziellen Leistungsfähigkeit der Bevölkerung sind“. So constatirte er, daß in der Periode von 1873—77, also in der Zeit nach und seit dem „großen Crash“, an directen Steuern allein jährlich um 10 Mill. Fl. mehr (!) eingegangen als in der Periode des „wirthschaftlichen Aufschwungs“ von 1868—1873; bei den indirecten Steuern hat sich in den fünf „magern“ Jahren sogar ein jährliches Plus von fast 31 Mill. Fl. gegen die „guten“ Zeiten von 1868—1873 ergeben (!). Die Details, die der Minister dabei anführte, zeigten, daß sich die Bevölkerung unmöglich in so schlechter wirthschaftlicher Lage befinden könne, wie man so häufig klagen hört. So z. B. hat der Tabackconsum (der doch kein unerlässliches Bedürfniß repräsentirt), von 1868 bis 1872 durchschnittlich 48,5 Mill., von 1873—77 dagegen im Durchschnitt jährlich 59,5 Mill. Fl. betragen.

Frankreich.

* Paris, 3. April. Bei Gelegenheit der bischöflichen Schreiben und der kirchlichen Bittschriften liest man in der République française: „Die wesentlichste Clausel des Concordats ist folgende: „Die römisch-katholisch-apostolische Religion darf frei und ungehindert ausgeübt werden.“ Diese einzige Phrase genügt den Bischöfen, um alles zu unterdrücken, was ihnen lästig ist. Spricht man ihnen von den Rechten des Staates, so antworten sie: „Die katholische Religion darf frei und ungehindert ausgeübt werden.“ Will man die Congregationen beaufsichtigen, so heißt es, diese seien nothwendig zur Ausübung der Religion. Im Augenblicke, wo das Concordat unterzeichnet wurde, existirten freilich die Congregationen nicht mehr, und man konnte für sie nicht stipuliren; allein ihr Recht zur Wiedererhebung war stipulirt dadurch gerade, daß man der Kirche das Recht der freien Ausübung zuerkannte. Man sieht also, daß dieser Paragraph in wenig Wor-

ten ...
Recht zur
gregationen
kommenden
Reinigkeit.
einfallt zu
ischen Reli-
lung von
weltlichen
Zehnten v
Staat sich
Concordats
verstanden
die Katholiz-
zige Parag-
um alle ih-
sprache ih-
nicht nach
beweisen, d-
terrichts be-
sie erklärt,
nicht mehr
— Der
entwurf
wird, meh-
tigste den
ursprünglich
an öffentli-
einer Unter-
zugelassen,
Congregati-
legtern W-
Congregati-
len ermäch-
telt, damit
bis jetzt nicht
in Zukunft
schen Geset-
Arten von
von den U-
oder unter-
len, welche
oder öffent-
vaterperson-
tenen Schy-
men können
daction des
unverändert
von Facult-
dienzeugniß
gut eracht-
Licenzen ob-

4 Kond
Afghani
heimgesucht
Soldaten
die Waffen
vom Bidel
eingelassen
bad vom
ren, die
über den
Furt verse
Lieutenant
16 Leichen
geborene),
andern Uf-
Der S
mehrere de
wegen Ver
geladen.
Securität
und, wenn
welches ge
in Zukunft

Das
Regierung
Erklärung
gen nach
sein einzig
Prinzessin
von dersel-
Ueberreicht
Hausen er-
lichkeit, j
wir alle n
riere und
richtlich un
rich Karl
Prinzen H
fährt fort:
geschmiffen
bernes Jew
Da man
neues Flüge

ten Aufgabener viel sagt. Er enthielt im Reime das Recht zur Wiedererhebung der verschwundenen Congregationen und das Recht zur Entstehung aller noch kommenden Congregationen. Das ist jedoch nur eine Kleinigkeit. Wenn es morgen dem unfehlbaren Papste einfällt zu erklären, daß die freie Ausübung der katholischen Religion unverträglich ist mit der Steuerzahlung von Seiten der Mitglieder des geistlichen und weltlichen Klerus und mit der Nichtzahlung des Zehnten von Seiten der Bevölkerung, so muß der Staat sich darein fügen oder die Bestimmungen des Concordats verletzen, so wie dieses von den Bischöfen verstanden wird. Wenn dem also ist, so brauchen ja die Katholiken nicht weiter zu discutieren. Dieser einzige Paragraph des Concordats ist mehr als genügend, um alle ihre Ansprüche zu rechtfertigen, um alle Ansprüche ihrer Gegner zurückzuweisen. Sie brauchen nicht nach doctrinalen Wahrheiten zu suchen, um zu beweisen, daß die Kirche zu dem Privilegium des Unterrichts berechtigt ist. Sie ist dazu berechtigt, sobald sie erklärt, daß ohne den Genuß dieses Vorrechtes sie nicht mehr frei ist."

Der Ausschuss für den Ferry'schen Gesetzentwurf hat, wie der Kölnischen Zeitung mitgeteilt wird, mehrere Abänderungen beschlossen, deren wichtigste den Art. 7 betrifft. Derselbe lautete in der ursprünglichen Fassung: „Keiner wird zur Betheiligung am öffentlichen oder Privatunterricht oder zur Leitung einer Unterrichtsanstalt, welcher Art sie auch sein mag, zugelassen, wenn er einer nicht ermächtigten religiösen Congregation angehört.“ Der Ausschuss änderte diese letztern Worte dahin ab: „wenn er einer religiösen Congregation angehört, die nicht zum Unterrichtsvermögen ermächtigt ist.“ Der Ausschuss änderte den Artikel, damit die ermächtigten Congregationen, die sich bis jetzt nicht mit dem Unterricht beschäftigen, dies auch in Zukunft nicht thun können. Der Art. 4 des Ferry'schen Gesetzentwurfs lautet: „Das Gesetz erkennt zwei Arten von Universitätsunterrichtsschulen an: 1) die von den Gemeinden oder dem Staate gegründeten oder unterhaltenen Schulen oder Gruppen von Schulen, welche den Namen von Universitäten, Facultäten oder öffentlichen Schulen annehmen; 2) die von Privatpersonen oder Vereinen gegründeten oder unterhaltenen Schulen, welche keinen andern Namen annehmen können als den von freien Schulen.“ Die Redaction des Ausschusses dagegen lautet: „Die Privatuniversitätsunterrichtsanstalten können weder den Titel von Facultäten noch Universitäten annehmen. Studienzeugnisse, welche man in denselben zu verleihen für gut erachtet, können den Titel von Baccalaureaten, Licenzen oder Doctoraten nicht tragen.“

Großbritannien.

London, 3. April. Die englische Armee in Afghanistan ist am 1. April von einem Unfälle heimgesucht worden, der ihr mehr Leben europäischer Soldaten gekostet hat, als im ganzen Feldzuge durch die Waffen ihrer afghanischen Feinde gefallen sind. Vom Vicelkönig ist darauf bezüglich folgende Depesche eingelaufen: „General Bromne berichtet aus Jellalabad vom 1. April, daß eine Schwadron der 10. Husaren, die einer Schwadron der 11. Bengal-Lancers über den Kabulfluß in vergangener Nacht folgte, die Furt verfehlte und durch den Strom fortgerissen wurde. Lieutenant Farford und 50 Mann werden vermisst, 16 Leichen sind geborgen. Die Bengal-Lancers (Eingeborene), die vorangingen, kamen wohlbehalten am andern Ufer an.“

Der Standard meldet aus Rom, der Papst habe mehrere deutsche Würdenträger der Kirche, welche wegen Verletzung der Waigesehe bestraft, nach Rom geladen. Der Papst wolle die besondern Ursachen der Securtheilung in jedem einzelnen Falle genau präsen, und, wenn möglich, ein Verhalten auffindig machen, welches geeignet sei, alle Conflict mit den Waigesehen in Zukunft vermeiden zu machen.

Niederlande.

Das Luxemburger Wort, officielles Organ der Regierung des Großherzogthums, veröffentlicht eine Erklärung, worin gesagt wird, an den ersten drei Tagen nach dem Tode des Prinzen Heinrich sei kein einziges Mitglied der Regierung, welches der Frau Prinzessin ihre Beileidsbezeugungen abstatten wollte, von derselben empfangen worden; die Fabel von der Ueberreichung des Kästchenschlüssels an Baron v. Blochausen erweise sich daher als eine materielle Unmöglichkeit, zumal da schon am Tage des Todes, wie wir alle wissen, auf Ersuchen der Prinzessin die Papiere und Werthschaften des hohen Verbliebenen gerichtlich unter Siegel gelegt wurden und Prinz Friedrich Karl am ersten Tage nach dem Ableben des Prinzen Heinrich in Wallferdingen eintraf. Das Blatt fährt fort: „Die ersten Nachrichten über die angebliche geheimnißvolle Testamentsgeschichte haben wir als albern Zeug betrachtet und keiner Beachtung gewürdigt. Da man jedoch auf dieselbe zurückkommt, ja sich ein neues Lügengewebe darüber entspinnt, scheint es offen-

bar darauf abgesehen, die legitimen Erben des hohen Verstorbenen zu verdächtigen und zu verleumben. Ein solches Gebaren ist infam und hat hierlands die größte Entrüstung hervorgerufen.“

Russland.

Aus Moskau vom 19. 31. März wird abermals ein politischer Mordmord mitgeteilt. Der Vorgang wäre demnach folgender gewesen:

Bier junge Leute tranken auf der Stube des einen Thee und sangen russische Lieder, als bei ihnen ein neunzehnjähriges Frauenzimmer Namens Praskovia Katschka eintrat, sich neben den einen, Bairaschewsky, auf einen Stuhl setzte, plötzlich einen Revolver aus der Tasche zog und mit kaltem Blute den jungen Mann niederschoss; sie ergriff die Flucht, ward jedoch an der Hausthür festgehalten. Bairaschewsky starb nach einer Viertelstunde. Die Mörderin wurde bereits mehreremal verhört. Wie sich herausstellte, ist das Motiv des Mordes nihilistische Rache. Der Ermordete wollte sich den nihilistischen Antrieben entziehen und es wurde der Katschka das Los zuteil, ihn dafür zu erschießen.

Nach einer Schilderung des Golos hätte die Katschka nach verübtem Mord den Revolver übergeben, hätte auch sofort gestanden, daß sie mit Ueberlegung das Attentat verübt, auch habe sie den Grund, welcher sie dazu verleitet, angegeben. Auch Nowosti sagen, daß dem Attentat politische Motive zu Grunde liegen. Die Mörderin sei kaum 17 Jahre alt und zeichne sich durch große Schönheit aus. Gerüchweise verlautet, daß Bairaschewsky zwei Tage vor seiner Ermordung einen Drohbrief von dem revolutionären Exekutivcomité erhalten und denselben der moskauer Polizei übergeben habe.

Aus Moskau erhalten die polnischen Blätter Nachrichten von neuen Studentenunruhen. Die Führer der Agronomischen Akademie versammelten sich vor der Wohnung des Polizeimeisters und forderten in äußerst stürmischer Weise die Freilassung ihrer aus Anlaß des letzten politischen Mordes im Hotel Wamontow verhafteten Collegen. Es erfolgten abermals zahlreiche Verhaftungen.

Die das neueste aus Zarizyn vom 30. März datirte Telegramm des Grafen Melikow meldet, ist das Niederbrennen der insicirt gewesenen, beziehungsweise verdächtigen Häuser in Wetzjanka an dem gedachten Tage beendet worden. Die Commission hat sich darauf von dort weiter begeben, um in Selitrenny, Dubatshy und in Mitharlowshy die niederzubrennenden Häuser abzuschätzen und die Entschädigungssummen auszumahlen.

Amerika.

Aus Rio-de-Janeiro vom 14. Febr. berichtet man der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung: „Am 8. Febr. haben die Minister des Auswärtigen und der Finanzen, Baron Villa-Bella und Silveira Martins, ihre Entlassung nachgesucht und erhalten, weil die Mehrheit des Cabinetts, welcher auch der Kaiser sich angeschlossen, gegen die Ausdehnung des Wahlrechts auf Nichtkatholiken sich ausgesprochen hatte. Am 10. Febr. erklärte der Ministerpräsident, als er im Senat und im Abgeordnetenhaus den eingetretenen Ministerwechsel anzeigte, er halte nach wie vor an dem liberalen Programm fest, erachte jedoch die Verleugung des Wahlrechts an Nichtkatholiken zur Zeit für inopportun.“ Worauf Silveira Martins erwiderte, seiner Ansicht nach könnten andere Punkte des Reformprogramms eher einen Aufschub vertragen als die Emancipation der Nichtkatholiken. Er machte geltend, daß 50000 protestantische Bewohner der Provinz Rio-Grande-do-Sul (heißlaßig bemerkt Deutsche) noch immer der Gleichstellung mit dem freien Rinde einer Regersklaverin harren, und daß es für Brasilien angezeigt sei, engere Beziehungen mit Deutschland und England anzuknüpfen, deren Söhne sich bisher in diesem Lande in ungünstiger Lage befanden als irgendwo anders. Ob die Mehrheit des brasilianischen Cabinetts und Parlaments wirklich nur aus Gründen religiöser Starrheit die Emancipation der Nichtkatholiken für inopportun erachtet oder ob dabei der Hintergedanke zum Ausdruck kommt, daß es unbecquem sein würde, wenn den Einwanderern und deren Nachkommen die Mittel zur Abwehr von Ungerechtigkeiten gegeben würden, mag unerörtert bleiben. Thatsache ist aber, daß zur Zeit der Rückkomme des protestantischen Einwanderers politisch schlechter steht als der Sohn einer Regersklavin.“

Königreich Sachsen.

Dresden, 3. April. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten kam der von mir schon früher erwähnte Selbstmord eines Annenrealschülers zur Sprache. Der junge Mann hatte sich das Leben genommen, weil er wegen verbotener Benutzung von Unterlagen bei den Examenarbeiten von dem Examen ausgeschlossen worden war. Das Publikum stellte sich in seinem Urtheil zum Theil auf die Seite des Directors der Annenschule, zum andern Theile machte es aber denselben für den traurigen Fall verantwortlich in der Meinung, daß mit dem jungen Manne

zu streng verfahren worden sei. Bei dem Begräbniß desselben betheiligte sich das Lehrercollegium bis auf zwei Lehrer nicht, dagegen nahmen die Annenschüler in etwas demonstrativer Weise daran theil. In der letzten Rathspenarung fand das Verfahren des Directors Victor vollständige Rechtfertigung; gestern nun lag den Stadtverordneten die Sache vor und zwar in der Form einer Eingabe des Vaters des Selbstmörders. Der anwesende Stadtverordnete Albert, Oberlehrer der Annenrealschule, sah sich veranlaßt, mehrere in dieser Eingabe enthaltene Irrthümer zu berichtigen. Zunächst bestritt derselbe, daß sich der Director in der angegebenen harten Weise gegen den Schüler ausgesprochen; ferner sei es nicht wahr, daß der Rector den Lehrern und Schülern gegenüber den Wunsch ausgesprochen habe, man möge sich nicht an dem Begräbniß des Schülers betheiligen. Es sei vielmehr in einer Lehrerconferenz beschlossen worden, sich nicht in officieller Weise an dem Begräbniß zu betheiligen; wenn zwei Lehrer daran theilgenommen, so hätten sie dies als Privatpersonen gethan. Den Schülern sei vollständige Freiheit gelassen worden, wie sie sich an dem Begräbniß betheiligen wollten. Wenn diese Freiheit in einer Weise benützt worden sei, die dem Rector und den Lehrern etwas unangenehm sein mußte, so zeige dies eben nur, daß man einen Fehler begangen, indem man den Schülern volle Freiheit ließ. Die Abiturienten haben übrigens den Lehrern die Erklärung abgegeben, daß die Theilnahme nicht als eine Demonstration gegen die Lehrer habe gelten sollen, sondern nur als eine dem Verstorbenen zu erweisende Ehrenbezeugung. Nach einer kurzen Debatte nahm das Collegium den Antrag an, über den Gegenstand nicht weiter zu debattieren, dagegen den Stadtrath um baldige actenkundige Auskunft über die Angelegenheit zu ersuchen.

Ketpzig, 5. April. Der zweite, diesmal im Kaufmännischen Verein gehaltene Vortrag des Professors Riehl aus München behandelte einen phänomenalen Umschwung im Kunstgeschmack der Culturvölker, nämlich den Uebergang von der Gothik zu der noch vor 40 Jahren gering geachteten Renaissance, dem ganz verachteten Rococo, ja sogar dem Popsstil. Memoirenartig schilderte der Redner, wie sich diese Kunstströmung vor seinen Augen immer mehr ausbreitet hat und jetzt völlig zur Herrschaft gelangt ist, vor allen Dingen in der Architektur und im Kunstgewerbe, dann aber auch in der Mode der Frauen. Trotz unserer Siege über Frankreich hat uns der Geschmack Ludwigs XIV. besetzt! Nur die Männer haben im ganzen die einfache Tracht der Revolutionsperiode und der amerikanischen Befreiungskriege beibehalten. Renaissance und Rococo entsprechen freilich auch mehr den Bedürfnissen und Anschauungen des modernen Lebens; sie haben erst unsern Wohnungen Reichtum der Ausstattung und Bequemlichkeit gebracht sowie den Gebäuden von außen ein malerisches Aussehen gegeben. Das gegenwärtige Vorgehen der Maler als Kunstströmung ist dann auch einer der Hauptgründe, der jene Stilrichtung gefördert hat. Dazu kommt, daß nicht mehr die Höfe, sondern die reichen Bürger den Geschmack bestimmen, daß die öffentliche Meinung dem Mittelalter gegenüber eine günstigere geworden ist, endlich ein in der Kunstgeschichte liegendes Gesetz der Ergänzung, das Extreme aufeinander folgen und nebeneinander bestehen läßt. Mit einer Perspective auf die Zukunft, daß wir nicht von den Söhnen, sondern erst von den Enkeln ein objectives Urtheil über unsere Zeit erwarten dürfen, schloß der von reicher Welt- und Menschenkenntniß zeugende sowie mit Humor und jener Innigkeit gewürzte Vortrag, welche die liebevolle Beschäftigung mit dem Mittelalter gibt, unter lebhaftesten Beifallsbezeugungen der überaus zahlreichen Zuhörerschaft.

Ketpzig, 5. April. Mit tiefem Bedauern lesen wir im hiesigen Tageblatt die folgende Correspondenz aus Eisenach, deren schmerzlicher Inhalt uns leider durch eine auch an uns noch gestern gelangte Zuschrift im wesentlichen bestätigt wird:

Eisenach, 3. April. Mit schmerzlicher Theilnahme wurde heute Vormittag hier die Trauerkunde vernommen, daß die Leiche des Professors Dr. Öbring aus Ketpzig, der mit Beginn der Osterferien bei seinen betagten Aeltern hier eingetroffen war, in dem Reservoir zu den Knöpfelsteichen im Annathale aufgefunden worden sei. Der so plötzlich aus dem Leben Geschiedene hatte sich bereits durch seine philosophischen Schriften einen Namen in der gelehrten Welt erworben, und war als ein sehr ehrenwerther Charakter bei allen, die ihn kannten, geschätzt und geachtet. Er war gestern Nachmittag mit seinem Freunde Medicinalrath Dr. Matthes nach der hohen Sonne gegangen, von wo letzterer plötzlich durch einen Boten nach der Stadt zurückgerufen wurde. Professor Dr. Öbring ging mit ihm aus seinem Aelternhause und kehrte, vielleicht von einem Schlagfluß getroffen, nicht wieder dahin zurück. Die aufrichtige allgemeine Theilnahme wird den schwergeprüften Aeltern entgegengebracht.

Ketpzig, 5. April. Schon vor einiger Zeit hatten wir einmal über eine hier statgefundene Production mit dem Edison'schen Phonographen zu berichten. Das damalige Exemplar war aber so unvollkommen, daß man nur etwa eine Idee davon, was eben ein guter Phonograph leisten möchte, nicht aber eine wirklich befriedigende Leistung

Leipziger Börse.

5. April.

Wechsel.

Table of exchange rates for various locations including Amsterdam, London, Paris, and Vienna.

Deutsche Fonds.

Table of German bonds and securities, including Deutsche Reichsanleihe, Eisenbahn-Anleihe, and various municipal bonds.

Bank-Disconto.

Table of bank discount rates for Amsterdam, London, and Paris.

Sorten.

Table of gold and silver coins, including various denominations and types.

Eisenb.-Stamm-Act.

Table of railway stocks, including Aktien der Eisenbahn-Gesellschaft.

Table of railway stocks (Eisenbahn-St.-Pr.-Actien) and other securities.

Table of bank and credit stocks (Bank-u. Credit-Actien).

Table of industrial stocks (Industrie-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior.).

Table of foreign funds (Ausländische Fonds) from various countries.

Table of international railway stocks (Int. Eisenb.-Prior.-Obl.).

Table of international bank and credit stocks (Int. Bank- u. Credit-Actien).

Table of international railway stocks (Ausl. Eisenb.-Prior.-Obl.).

Table of international coal stocks (Kohlen-Act. u. Prior.).

Table of international coal stocks (Kohlen-Act. u. Prior.) with detailed pricing and terms.

Ankündigungen. Theater der Stadt Leipzig.

Reue Theater. Sonntag, 6. April. Tannhäuser und Der Sängerkrieg auf der Wartburg. Große romantische Oper in 3 Acten von Rich. Wagner. (95. N.B.)

Altes Theater. Sonntag, 6. April. (8 Uhr Nachmittags. Zu ermäßigten Preisen. Volkstümliche Vorstellung.) Prinz Friedrich. Schauspiel in 5 Acten von Heinrich Laube. — (7 Uhr Abends.) Gabriele. Schauspiel in 4 Acten von Hugo Bürger.

